

«Halbstündliche S-Bahn für Alle»: Kantonsratskommission sagt Nein

Aktualisiert am 01.10.2008

[Drucken](#) [Mailen](#)

Die kantonsrätliche Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt lehnt die Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für Alle» ab. Die Investitionen im Bahnverkehr sollen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Links

[Mehr zur Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für Alle»](#)

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) des Zürcher Kantonsrats lehnt die Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für Alle – Für eine halbstündliche Bedienung aller S-Bahnstrecken des Zürcher Verkehrsverbundes

(ZVV) im Kanton Zürich» ab. Die Kommission unterstützt jedoch die Vorlage 4510, eine Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr (Angebotsverordnung), als indirekten Gegenvorschlag.

Die Mehrheit der Kommission hält das Grundanliegen der Volksinitiative durchaus für berechtigt, heisst es in einer Medienmitteilung vom Mittwoch. Sie plädiert allerdings dafür, dass zu dessen Verwirklichung die nötigen Investitionen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Das wird durch die Vorlage 4510 gewährleistet, während die Volksinitiative eine Sofortlösung verlangt.

Gegenseitige Abhängigkeiten der Investitionen

Konkret gibt es gegenseitige Abhängigkeiten aller Investitionen in den Bahnkorridor Flughafen–Winterthur. Es geht um die vom Kanton Zürich bezahlten Investitionen in die 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich, der sogenannten Durchmesserlinie. Diese sind zusammen mit Investitionen der SBB auf diesem Korridor im Rahmen der Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur 1 (ZEB1, Ausbau Flughafen – Winterthur) geplant. Ein Verzicht auf dieses Zusammengehen auf der Strecke der S29 verursacht Kosten von ca. 40 Millionen, auf der Strecke der S26 solche von rund 10 Millionen Franken. Ein isolierter Ausbau kostet also insgesamt etwa 50 Millionen Franken.

Eine Minderheit der Kommission empfiehlt die Annahme der Volksinitiative. Falls wider Erwarten die Sicherstellung der Finanzierung durch Bund und Kantone nicht möglich ist, ist nach Ansicht der Minderheit eine Zwischenlösung für die S26 und S29 durchaus ohne einmalige Mehrinvestitionen auf beiden Linien möglich. Ein kleiner Teil der Kommission will zudem die Volksinitiative unterstützen, bis ein positiver Entscheid des Nationalrates zum ZEB1-Beschluss vorliegt.

(tif)